



Patient oder Profit?

Der 107. Deutsche Ärztetag setzt Zeichen gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und die Merkantilisierung des Arztberufs.

Jemand hat gemeint, der 107. Deutsche Ärztetag sei unspektakulär gewesen. Die meisten Delegierten, auch aus der Ärztekammer Nordrhein (*siehe unsere Delegiertenumfrage auf Seite 17*), sehen das ganz anders.

Immerhin trat bei der Eröffnung ein scheidender Bundespräsident auf und sagte Sätze, die fast wortgleich in der Rede des Ärztetagspräsidenten vorkamen:

Gesundheit ist keine Ware. Ärzte sind keine Anbieter, Patienten sind keine Kunden. Es ist nicht richtig, unser ganzes Leben in Begriffe der Betriebswirtschaft zu pressen. Ein humaner Umgang mit Kranken soll das unverwechselbare Merkmal unseres Gesundheitswesens bleiben.

Johannes Rau hat in Bremen spürbar im Sinn gehabt, die Grundbotschaft seiner letzten „Berliner Rede“ auf das Gesundheitswesen hin abzuwandeln – nämlich seine Warnung vor der Prägung des gesamten gesellschaftlichen Lebens nach den Mustern von Wirtschaftlichkeit und Effizienz.

In der Öffentlichkeit ist angekommen, dass er damit im Gleichklang mit Ärztetagspräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe einen wichtigen Kontrapunkt in der aktuellen gesundheitspolitischen Debatte gesetzt hat: Gegen die Forderungen nach immer mehr Marktwirtschaft im Gesundheitswesen zu Lasten einer patientennahen und flächendeckenden Versorgung.

Seit vielen Monaten warnt Hoppe vor einer Dominanz des Profitdenkens in den Versorgungs-Einrichtungen und einer Merkantilisierung des Arztberufes als möglichen Folgen des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG). Diesen Kurs hielt er in Bremen konsequent. Zur Belohnung gab es „Rückendeckung von höchster Stelle“, wie zum Beispiel die Berliner Zeitung schrieb (*siehe auch Seite 10*).

Als „historisch“ bezeichnete ein Ärztetagsdelegierter die mit großer Mehrheit beschlossene Novelle der Musterberufsordnung. Denn immerhin hat sich der Ärztetag nun erstmals vom tradierten Berufsbild des in Einzelpraxis tätigen Arztes gelöst, der

heute noch zu 80 Prozent die ambulante Versorgung prägt.

Die Delegierten haben damit schnell und entschlossen auf den Druck des GMG reagiert. Das Reformgesetz führt mit dem Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) eine neue institutionelle Form der ambulanten Versorgung ein. Für private Kapitalgeber könnten die MVZ zum Einfallstor in die ambulante Versorgung werden.

Der Grundgedanke der neuen Berufsordnung: Die freiberuflich tätigen Ärzte sollen im Wettbewerb mit diesen Einrichtungen gleiche Chancen haben. Dazu brauchen sie mehr Freiheit zur Kooperation. Gleichzeitig soll die Berufsrechtsnovelle helfen, die Dominanz von Kapitalinteressen über die ärztliche Entscheidungsfreiheit zu verhindern (*siehe auch Seite 14*).

Große öffentliche Wirkung hat der Ärztetag mit seiner Kritik an den geplanten Mindestfallzahlen erzielt. Dabei ist das Problem nicht einfach zu kommunizieren. Denn die hinter der Mindestmengen-Politik stehende „Übung-macht-den-Meister“-These erscheint zunächst plausibel: Wer häufiger operiert, kann es eben besser. Ist es da nicht im Interesse der Patienten, aus Qualitätsgründen künftig Mindesthäufigkeiten festzuschreiben – und seltener aufgesuchte Ärzte und Kliniken von der Versorgung auszuschließen?

Nicht unbedingt, sagt der Ärztetag. Denn eine übertriebene und unbegründete Konzentration in der Medizin hat Nachteile für die Patienten, zum Beispiel reduzierte Wahlmöglichkeiten und weniger Kontinuität in der Arzt-Patientenbeziehung. Aus wissenschaftlicher Perspektive stimmt die simple Gleichung Quantität = Qualität ohnehin nicht. Neben der Leistungsfrequenz bestimmen zahlreiche andere Faktoren das Behandlungsergebnis (*siehe auch Seite 13*).

Alles in allem: Ein Ärztetag mit klaren gesundheitspolitischen Zeichen und enormer Substanz.

*Horst Schumacher
Chefredakteur*